

Christian Müller

Noch vor einem halben Jahrzehnt hatte Gerhard Schröder in populistischer Angstmacherei und Wahlkampfpolemik im Blick auf die beschlossene Einführung der europäischen Einheitswährung vor einer „Sturzgeburt“ gewarnt. Nun ist der Euro in der Tasche aller Bürger der einheitlichen Währungszone. Dank der national unterschiedlichen Rückseite der Münzen halten Könige inzwischen zumindest monetären Einzug in Republiken, wird die revolutionäre Devise *Liberté – Egalité – Fraternité* ganz unproblematisch auch in Königreichen von Hand zu Hand gereicht und hat sogar der deutsche Adler in der gemütlichen Rundform der bundestäglichen „Henne“ wieder Fuß gefasst in europäischen Landstrichen, wo der Zugriff des einstmais herrisch-aggressiv gestalteten Ahnen des Raubvogels böse Erinnerungen zurückgelassen hatte. Der größte Teil Westeuropas präsentiert sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in währungstechnischer Hinsicht geeint wie niemals zuvor seit dem Weltreich der alten Römer.

Einende Kraft der Währung

Wo der *nervus rerum*, das Geld, wie die Alten den Lebensnerv aller Dinge zu bezeichnen pflegten, in einem einzigen großen Strom dahinfließt, sollte zumindest die Hoffnung nicht völlig enttäuscht werden, dass auch die Sache der politischen Einigung des Alten Kontinentes einen vergleichbar fundamentalen Fortschritt mache. Leider hinkt diese Erwartung eines neuen politischen Anstoßes für Europa

noch immer wie ein lahmer Gaul über die trübe Szene nüchterner europapolitischer Realitäten und unerfüllter Hoffnungen. Wenn erst einmal in aller Europäer Tasche die gleiche Münze klinge, werde die politische Einigung unweigerlich eine Eigen-dynamik entfalten und zu einem neuen Höhenflug antreten, hatte das Kalkül der Bonner Politik unter Helmut Kohl gelau-tet, ohne dessen europäische Vision und Beharrlichkeit es heute keinen Euro gäbe.

Fatale Konfrontationstaktik

Mehr als vier Jahre danach ist nun in Berlin der einstige „Sturzgeburt“-Prophet nicht nur von der Wirklichkeit krass widerlegt worden. Vielmehr hat er auch seine Regierungsperiode in europapolitischer Hinsicht fast völlig ungenutzt verstreichen lassen. Kein neuer Impuls, keine neue zündende Idee ging von dem Berliner Kanzler aus. Stattdessen schrieb sich der Opportunist an der Spalte der rot-grünen Koalition zunehmend die Wahrnehmung nationaler deutscher Interessen auf sein Panier und zog damit nicht nur gegen traditionell wichtige Partner in der Europäischen Union – so etwa gegen Frankreich im nächtelangen Tauziehen des Gipfelfiaskos von Nizza – zu Felde. Am Ende erkör er sich nämlich vor allem die Brüsseler Kommission zur Zielscheibe einer fatalen Konfrontationstaktik. Kein Jahr lag seit seinen Vorschlägen im Leitantrag zum SPD-Parteitag zurück, in denen er bei allgemeiner Befürwortung stärkerer Integration auch für eine starke EU-Kommision plädiert hatte.

Trist genug mutete bereits das Schauspiel an, wie die Regierung Schröder alles daran setzte, um die Absendung eines „blauen Briefes“ aus Brüssel wegen Deutschlands bedenklich anwachsender Finanzverschuldung zu verhindern. Dass ausgerechnet der Erfinderstaat des Stabilitätspaktes als erster eine Verwarnung wegen Gefährdung der Maastrichter Konvergenz kriterien durch die Mängel seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik unter rot-grüner Ägide zu erhalten drohte, bedeutete nicht nur eine bitterböse Ironie der Geschichte, die Anlass zu kaum unterdrückter Schadenfreude an einigen Orten in Europa geben konnte. Der mühsam abgewendete „blaue Brief“ signalisierte auch, dass der siebte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland die ihm übertragene Verpflichtung zu einer vorbildlichen und glaubwürdig-kohärenten deutschen Europapolitik sträflich vernachlässigt hatte.

Elefant im Porzellanladen

Zu allem Unglück führte sich der plötzlich ins Zwielicht geratene Musterschüler dann auch in trotziger Verärgerung wie ein Rowdy auf. Schon die Methoden, mit denen der Verweis an Deutschland abgefangen wurde, schienen wenig geeignet, das auch im deutschen Interesse liegende internationale Vertrauen in die europäische Einheitswährung und den Stabilitätspakt zu fördern. Nun stellte sich Schröder nicht nur gegen die Brüsseler Kommission in der Frage der deutschen Staatsverschuldung, sondern eröffnete auf breiter Front eine Kampagne der Kritik wegen ihres Vorgehens in zahlreichen Bereichen der Wettbewerbs- und Umweltpolitik.

Angeblich missachtete oder vernachlässigte deutsche Interessen wurden in einer Weise in Erinnerung gerufen, die grundsätzliche Zweifel am europäischen Engagement dieses Kanzlers aufkommen ließen. Selbst Außenminister Fischer

suchte offenbar den Regierungschef zu mehr Behutsamkeit gegenüber der Kommission zu bewegen. Der Elefant setzte indes seinen Galopp durch den Porzellanladen fort. Versprach er sich von einem solchen Ausbruch aus dem bisherigen Gehege europäischer Gesittung der deutschen Europapolitik mehr Applaus von der Wählerschaft im kommenden Herbst? Wähnte er einer vermeintlichen Strategie seines Herausforderers Stoiber zuvorkommen zu müssen? Welche Motive auch immer das forsche Auftreten nach neuem Berliner Stil gegen Brüssel bestimmt haben mögen, Schröder hat das ihm intakt überlassene deutsche Europarenomme in bedenklicher Weise Schaden nehmen lassen. Damit scheint ein Teil des Erbes bereits verschleudert.

Besonders in Paris ließ eine informelle Interpretation aufhorchen, die Schröders Frontalvorstöße gegen Brüssel im Grunde als Versuch deutete, nach dem Muster Frankreichs für eigene industrie-politische Interessen sich in Brüssel stark zu machen und den nationalen deutschen Standpunkt so weit wie nur möglich durchzupauken. Mit einer solchen Berufung auf die zweifellos in ähnlicher Weise praktizierte, deshalb aber europapolitisch nicht minder bedenkliche Vorbildrolle Frankreichs wurde ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Beziehungen zwischen Berlin und Paris geworfen.

Wenn Schröder im Brüsseler Laden einiges Porzellan zerschlagen hat, so häufen sich die Trümmer vor allem auf dem Feld der einstmals für Europas Fortschritt ausschlaggebenden und weiterhin unerlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit. Obwohl der Begriff der „Achse“ historisch vorbelastet ist und deshalb von Helmut Kohl gemieden wurde, war seit langem stets die Rede von der „Achse“ Bonn – Paris, gegen die sich zwar manche anderen Staaten in Europa zuweilen auflehnten, ohne die aber nichts wirklich vorankam im europäischen Zu-

sammenschluss. Nun kann man sich nicht länger der Einsicht verschließen, dass unter Schröders Kanzlerschaft das deutsch-französische Verhältnis sich in einer Weise abgekühlt hat, die es kaum erlaubt, von einer Achse Berlin – Paris zu sprechen. Vor Jahren hatte der SPD-Politiker versichert, für ihn sei Europa eine gelebte Realität, und deshalb bedürfe es nicht ständiger Rituale der Freundschaftsbezeugung und Eintrachtsbeschwörung. Was daraus geworden ist, zeigt sich in Brüssel. Wie er die einstige *Entente élémentaire* zwischen Deutschland und Frankreich in den letzten Jahren strapazieren und teilweise sogar verkommen ließ, erlaubt nur noch bedingt einen Vergleich mit den in schwierigen Zeiten als politische Allegorie zum Trost herangezogenen Eheszenen eines alten Paares. Die Zerrüttung ist jedenfalls weit vorangeschritten. Dafür trägt gewiss auch die französische Seite Mitverantwortung. Die „Cohabitation“ zwischen einem Präsidenten und einem Premierminister in Frankreich, die aus entgegengesetzten politischen Lagern stammen und sich innenpolitisch spinnefeind sind, bedeutet allein schon institutionell eine große Belastung für eine sinn- und wirkungsvolle Zusammenarbeit mit Paris.

Provokation gegenüber Frankreich

Dennoch trägt die rot-grüne Koalition in Berlin die Hauptverantwortung für die dramatisch abgeflachte Kurve im Enzephalogramm des deutsch-französischen Patienten. Bei einem elsässischen Gastmahl mit Sauerkraut in Blaesheim hatten die Führungsspitzen beider Staaten vor über einem Jahr beschlossen, ihn in die Intensivstation einzuliefern, nachdem er im heftigen Streit in Nizza um die Neugewichtung der Stimmen im Europäischen Rat einen Herzschlag erlitten hatte. In den folgenden Monaten trafen sich die Ärzte aus Berlin und Paris regelmäßig und viel häufiger als früher zu Konsilien.

Wortreiche Palaver vertuschten den Ernst der Lage und übertünchten die fundamentalen Meinungsunterschiede der Mediziner, die sich in europäischer Hinsicht zunehmend wie Quacksalber gebärdeten. In ein tiefes Koma stürzte dann Schröder den Patienten mit seiner gemeinsamen Initiative mit Großbritanniens Premierminister Blair für eine Reform der Funktionsweise des EU-Ministerrates im Interesse einer Erhöhung von dessen Effizienz. Jahrelang war das Ausbleiben deutsch-französischer Vorstöße für Europa bedauert worden.

Nun schritt derselbe Kanzler, der sich zuvor zum Leidwesen der französischen Führung für mehr Integration und europäischen Föderalismus ausgesprochen hatte, zu einer auf die intergouvernementale Zusammenarbeit ausgerichteten Initiative – aber nicht mit den Franzosen, sondern mit den Briten. Ein provokantes Vorgehen war kaum vorstellbar gegenüber Frankreich, wo konsterniertes Schweigen herrschte und dann in der Presse das bevorstehende Ende des „deutsch-französischen Motors“ verkündet wurde.

Stillstand des Tandems

Der erste Blair-Schröder-Brief parteipolitischer Ausrichtung für eine modern-liberalisierte Linke mag Premierminister Jospin als Oberhaupt der französischen Sozialisten tiefer getroffen und eher verwundet haben als die europäische Initiative des deutschen Kanzlers und des britischen Premiers. Gleichwohl gebührt dem zweiten Brief die Anerkennung des äußerst zweifelhaften Verdienstes, aller Welt offen gelegt zu haben, dass unter den parteipolitisch fast gleich zusammengesetzten Linkskoalitionen in Berlin und Paris es zu einem lamentablen Stillstand zwischen Deutschland und Frankreich gekommen ist. Wenn früher häufig auch das Bild vom deutsch-französischen Tandem verwendet wurde, so scheint es angebracht, daran zu erinnern, was mit dem

Lenker eines plötzlich zum Stillstand gekommenen Fahrrades geschieht: Er fällt um oder muss zumindest absteigen.

Schröder hatte, noch bevor er im Sattel Platz nahm, immer wieder verkündet, er wolle das deutsch-französische Duo zu einem Dreieck unter Einschluss Londons erweitern. Wenige Wochen nach seiner Wahl verliehen Franzosen und Briten mit der Deklaration von Saint-Malo der europäischen Verteidigung einen neuen Impuls. Blair versuchte damit, sich zumindest in diesem Bereich in der Europapolitik zu profilieren, um Britanniens Abseitsstehen von Euroland zu überspielen. Der Initiative, die natürlich auch Lehren aus der militärischen Schwäche der Europäer auf dem Balkan ziehen wollte, vermochten sich die Deutschen wenig später anzuschließen. Zuvor hatte ihnen indes Frankreich beiläufig bedeutet, dass Paris – wie einst Pompidou mit der Öffnung gegenüber Edward Heath' England – selber zu anderen Karten greifen könne, wenn sich der östliche Nachbar von der traditionellen Linie deutsch-französischer Kooperation zu entfernen anschicke.

Empörung über Renationalisierungstendenzen

Die Erinnerung an die Präsidentschaft Pompidous mit dessen schlechter Beziehung zu dem in die Ostpolitik abdriften den Willy Brandt wurde in Frankreich immer häufiger zurückgerufen, als unter Schröder, Chirac und Jospin das Ächzen im Gebälk der bewährten, jedoch stets fragilen Konstruktion der beiden Signatarstaaten des Elysée-Vertrages von 1963 immer weniger zu überhören war. Einen nachhaltig negativen Eindruck hinterließ der Kanzler mit dem Kofinanzierungsvorschlag in der europäischen Agrarpolitik. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999 blieb dadurch für die Franzosen geprägt von einem Vorstoß gegen die *Raison d'être* ihrer eigenen Mitgliedschaft.

Die Empörung über einen solchen Versuch zur „Renationalisierung“ eines Kernbereiches des europäischen Zusammenschlusses folgte nur kurze Zeit nach der Abwehr eines anderen ebenso forschen wie kurzsichtigen Vorgehens seitens der deutschen Linkskoalition gegen einen weiteren Stützpfeiler des modernen Frankreichs. Denn die von den deutschen Grünen forcierten Postulate für einen Ausstieg aus der Atomkraft drohten der französischen Wiederaufbereitung von Nuklearabfall die Grundlage zu entziehen und allgemein die gesamte Kernkraftindustrie in einem Land infrage zu stellen, das wie kein zweites in Europa auf diese Form von Energiegewinnung gesetzt hat.

„Europe puissance“

Schon nach einem Jahr von Schröders Kanzlerschaft war keine Luft mehr in den Reifen des deutsch-französischen Tandems. Dass der deutsche Regierungschef in einer Rede vor der Nationalversammlung in Paris sich den französischen Lieblingsausdruck von einer *Europe puissance* in der Originalsprache zu Eigen machte, konnte nicht über die andauernd fundamentalen Divergenzen zwischen beiden Partnern hinsichtlich der künftigen Gestaltung und Vertiefung der Europäischen Union hinwegtäuschen. In derselben Ansprache bemühte sich der Kanzler, eine teilweise Jahrhunderte zurückreichende Verbundenheit zwischen deutschem und französischem Kulturleben mit dem kulinarischen Beispiel der Berliner Bulette zu illustrieren. In der Heimat der Gourmets, die allzeit Stolz über die Ausstrahlung der raffinierten französischen Küche in der ganzen Welt empfanden, vermochte der Hinweis auf ein solch ordinäres, wenn auch ursprünglich mit französischem Namen belegtes deutsches Gericht nur Stirnrunzeln hervorzurufen. Glücklicherweise fiel die Rede rasch einem gnädigen Vergessen anheim.

Ähnliches war schon zuvor einem blamablen rhetorischen Fehlgriff Jospins durch eine gütige Fügung widerfahren. Er hatte nach dem ersten bilateralen Gipfel mit Schröder in Potsdam einmal das politische Klima dieses Treffens, das eine Wiederbelebung in den deutsch-französischen Beziehungen in Aussicht stellte, als „Geist von Potsdam“ bezeichnet. Das preußisch-deutsche Klimborium mit Hitlers Reichstagseröffnung vom 21. März 1933 einschließlich des Handschlages mit Hindenburg war von den Nationalsozialisten unter das falsche Tatsachen vor spiegelnde Etikett des „Geistes von Potsdam“ gestellt worden und diskreditierte diesen Begriff gründlich. Eine Bildungs- oder Gedächtnislücke des französischen Premiers führte zu einem merkwürdigen Kontrast zu der von Schröder bei Amtübernahme hinausposaunten Absicht, die Beziehungen zu Frankreich zu „entstauben“.

Bedenken gegen Fischers Rede

Als unfreiwilliger terminologischer Anklag an den „Muff von tausend Jahren“ waren dann allerdings zwei Jahre darauf zornige Couloirbemerkungen des damaligen außenpolitischen Kanzlerberaters Steiner vor und während des Gipfelringens von Nizza um Deutschlands und Frankreichs Stimmengewicht in der EU weitaus bedenklicher. Endlich müssten die Franzosen zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen „ein Achtzig-Millionen-Volk“ seien – entfuhr es dem rabiaten Diplomaten, den offenkundig nicht mehr die leiseste Erinnerung daran quälte, wer einstmals mit diesem Schlagwort Europa in Schrecken versetzte und die ganze Welt in Brand steckte. Doch vor dem in Nizza erreichten bisherigen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen markierten nicht solche Entgleisungen das deutsch-französische Duett, sondern vielmehr neue Anstöße aus Berlin zur verstärkten Integration und vor al-

lem „Finalität“ des europäischen Zusammenschlusses. Sie waren in der Rede Außenminister Fischers vor der Humboldt-Universität vom Frühjahr 2000 enthalten und sorgten für helle Aufregung in Paris, auch wenn man die schweren Bedenken teilweise sorgsam in freundliche Watte hüllte.

Der grüne Außenminister der Linkskoalition in Berlin hatte sich zunächst bei Amtsantritt in Frankreich gern als Kenner französischer Mentalität ausgegeben und bei seinem Werben um den Nachbarn anfänglich sogar versprochen, die französische Sprache zu erlernen. Von diesem Vorhaben waren allerdings später beim „Staatsmann“, der in Stresemanns Spuren zu wandeln wählte, keine Anzeichen für eine tatsächliche Umsetzung zu entdecken. Seine europapolitische Vision stellte ein klassisches Bekenntnis zu einer starken Föderation dar, auch wenn im Unterschied zu den einstigen „Kerneuropa“-Ideen der Christlichen Demokraten nun betont der französischen Abhängigkeit an den Nationalstaat Rechnung getragen wurde.

Trotz dieser Konzession bestand der Grundansatz von Fischers Vision in einer Wiederholung der alten Integrationsidee, wie sie jahrzehntelang von den echten Anhängern des Europagedankens der Nachkriegszeit gehegt worden war. Der Gegensatz zu General de Gaulles „Europa der Vaterländer“ blieb dabei stets evident. Vom Standpunkt der „reinen Lehre“ der Befürworter einer möglichst weitgehenden und umfassenden Integration Europas war an Fischers Perspektiven wenig auszusetzen; allerdings wurde französischerseits nicht zu Unrecht so gleich das (dann gegen Schröders späteren Vorstoß mit ganzer Kraft vorgebrachte) Argument eingesetzt, zwischen Integrationsplädoyer und partieller „Re-nationalisierung“ von bisherigen gemeinschaftlichen Kernbereichen der EU bestehe ein Widerspruch.

Im Grunde wollten die Franzosen ein starkes Europa mit schwachen Institutionen oder – bildhaft gesprochen – einen Flugzeugträger mit Außenbordmotor, hatten schon früher scharfsinnige französische Kommentare die uralte Fundamentaldifferenz mit den Deutschen zugespielt, die lange Zeit einen möglichst weit integrierten Bundesstaat der Europäer, aber keine europäische Großmacht anstrebten, gewissermaßen einen Volkswagen mit Zwölfzylinderantrieb.

Dass weiterhin dieser Graben zwischen den Ansichten von Paris und Berlin über die europapolitische Finalität zumindest programmatisch bestehe, ließ sich mehr als ein volles Jahr nach Fischers Vorstoß dem Flickenteppich von Europavorschlägen Jospins entnehmen. Der fundamentale Ansatz Frankreichs bleibt intergouvernemental – über Parteidgrenzen hinweg, mit der läblichen, aber an den Rand der Marginalität gedrängten Ausnahme der Zentristen und Erben der Volksrepublikaner der Vierten Republik. Engere Zusammenarbeit der Regierungen, Stärkung des EU-Ministerrates und nicht der Kommission, keine oder möglichst geringe weitere Abtretung nationaler Souveränität an Brüssel – so lautet links wie rechts das Credo.

Vor diesem Hintergrund schien es unvermeidlich, dass Fischers Europavision an der Seine auf Widerspruch stieß. Noch halbwegs begreiflich mag es auch gewesen sein, dass der Außenminister seinen französischen Amtskollegen Védrine vor der Rede nicht wirklich ins Bild setzte, obwohl dann der Leiter des Quai d'Orsay zwecks Beschwichtigung des Aufruhrs über den deutschen Alleingang eine Zeit lang den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchte.

SPD-Leitantrag ohne Konsultationen

Vollends vor den Kopf gestoßen wurden die Franzosen dann freilich durch Schröders Vorstoß ein volles Jahr später mit

dem SPD-Leitantrag. Nicht einen Hauch von Konsultation habe es dazu mit Paris gegeben, kritisierte der frühere Präsident Giscard d'Estaing und bedauerte zugleich das völlige Ausbleiben gemeinsamer Initiativen von Berlin und Paris. Wie gegenüber Fischers Rede, die der Außenminister formal als „Privatmann“ gehalten hatte, bemühte man sich in Paris offiziell auch um Bagatellisierung von Schröders Versuch, der CDU/CSU die europapolitische Lufthoheit über den deutschen Stammtischen zu entreißen und zugleich Fischer den Anspruch auf die Vorreiterrolle streitig zu machen. Es handele sich um Vorschläge der Sozialdemokraten und nicht des Kanzlers, beschwichtigte einmal sogar Präsident Chirac, um gleich von dem daneben stehenden deutschen Regierungschef öffentlich daran erinnert zu werden, er sei auch SPD-Vorsitzender.

Der „Flötenspieler“

Obschon dieser Tonfall sehr bemerkenswert war für den rauer gewordenen Umgang zwischen dem europäischen Kernpaar, so schien er dennoch beinahe herzlich im Vergleich mit einem besonders verletzenden Kritikpfeil, den Außenminister Védrine auf seinen deutschen Amtskollegen geraume Zeit nach dessen Rede abschoss. Europa sei schon zur Genüge durch „Flötenspieler“ in die Irre geführt und ins Unheil gestürzt worden, meinte der Leiter der französischen Diplomatie unter Anspielung nicht allein auf den Rattenfänger von Hameln.

Fischer hatte zuvor sich selber unter Beteuerung seiner Absicht, endlich Ordnung in der Diskussion über die institutionelle Reform Europas schaffen zu wollen, wenig bescheiden mit Kopernikus verglichen, der das untaugliche ptolemäische Weltbild überwunden und damit den Ausweg aus einer Sackgasse gewiesen habe.

Nach Védrines Kritik, die bereits den schlechten Zustand der bilateralen Bezie-

hungen verriet, erblickte der vor den Kopf geschlagene deutsche Außenminister und Möchtegern-Kopernikus für eine Weile deutlich mehr Sterne vor seinen Augen als die zwölf der Europaflagge. Weshalb hatte er sich diese heftige Reaktion der Franzosen geholt?

Die Regierung in Paris verübelte dem deutschen Außenminister vor allem, dass er zur Unzeit eine Grundsatzdiskussion vom Zaum gebrochen hat. Fischers Rede erfolgte kurz vor Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Nach Ansicht der Franzosen bedrohte sie die mühsamen Anstrengungen, die noch von Amsterdam übrig gebliebenen Probleme in dem neuen EU-Vertrag von Nizza zu regeln. Deutscher Höhenschwung schien französische Kärrnerarbeit, deren Resultat nach Möglichkeit als Glanzstück gallischer Diplomatenkunst ausgegeben werden sollte, vollends in den Schatten stellen, wenn nicht gar durchkreuzen zu wollen.

Dass die Deutschen andere Zielvorstellungen bezüglich der späteren Gestalt Europas hegten, konnte man hinnehmen. Aber mussten sie dies unbedingt zu diesem Zeitpunkt über alle Dächer rufen und damit anderen EU-Partnern, nicht allein Großbritannien, erneut alte Schrecken einjagen? Pragmatische Kompromisse in ausreichend schwierigen Streitpunkten des Nizza-Pakets waren vonnöten, nicht großartige Glaubensbekenntnisse und grandiose Visionen. Fast hatte man den Eindruck, die französische Regierung habe damals geradezu wehmütig der Meinung von Fritz von Herzmanovsky-Orlando, dem österreichischen Schöpfer unübertrefflich skurriler Geschichten, angehangen: „Gentlemen haben keine Visionen.“

Visionen zur Unzeit

Fischers Vision kam jedenfalls für den Hauptpartner der deutschen Europapolitik zur Unzeit. In der Meinung, die Kontroverse könne dennoch während der

französischen Ratspräsidentschaft auf Sparflamme gehalten werden, wurden zwar in Paris Einwände und Bedenken sonder Zahl vorgebracht, doch geschah all dies noch in durchaus freundlicher Zurückhaltung. Nicht zuletzt der Konkurrenzdruck innerhalb der Cohabitation führte bald zu Chiracs Reichstagsrede, in welcher der Präsident zwar Fischers Gedanken einer „Avantgarde“ integrationswilliger EU-Staaten in sein eigenes Plädoyer für eine „Pioniergruppe“ übernahm, jedoch sonst die Grundstruktur der Union weitgehend intergouvernemental skizzierte unter Entlehnung von Delors' Vorschlag einer „Föderation der Nationalstaaten“, die inzwischen zu einem fast nichts sagenden Kautschukbezug verkommen ist.

Fischer gab sich erfreut über Chiracs Antwort, die allerdings teilweise offen von der sozialistischen Regierung in Paris desavouiert wurde. Der deutsche Außenminister beharrte indes auf der weiteren Verbreitung seiner Vision, als die französische Diplomatie mit der Vorbereitung des Nizza-Gipfels zusehends in Schwierigkeiten geriet und dabei am Ende eine noch kleinere Figur machte, als sie es in ihren schlimmsten Ängsten befürchtet hatte.

Rivalität statt Partnerschaft

Nur wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang zögen, komme Europa voran, hatte es in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund stets neuer einschlägiger Erfahrungen immer wieder geheißen. Nach der Talsohle unter Pompidou und Brandt war es zum Höhenflug unter Giscard und Helmut Schmidt gekommen, auf den gleichsam der Vorstoß bis in die Euro-Stratosphäre unter Mitterrand und Kohl folgte. Schon unter Chirac trat noch gegen Ende von Kohls Amtszeit ein spürbarer Höhenverlust ein.

Unter Schröder kam es jedoch zu einem bedenklichen Schlingern, das mit der

Bauchlandung an der Riviera in Nizza entdeckte. Von einem Strang, an dem Deutsche und Franzosen hätten ziehen können und sollen, war nichts mehr zu entdecken. Stattdessen traten die beiden Partner einander wie erbitterte Rivalen entgegen. Konfrontation und nicht Kooperation lautete die Devise im Ringen ums Stimmen gewicht. In der Basaratmosphäre, die dann logischerweise bloß noch einen Kuh handel zuließ und ein ziemlich missgestaltetes Vertragswerk gebar, flogen Vorwürfe und Invektiven hin und her.

Fehlschlag mit Bumerangeffekt

Chirac hatte schon zuvor zum Vorschlaghammer mit der Erklärung gegriffen, Frankreich sei zur Verteidigung seiner Gleichberechtigung in zwei Weltkriege gegen Deutschland gezogen. Während die Fetzen flogen und beide

Seiten offenbar das Heil nur noch im Konflikt sahen, wich die deutsche Seite von der in der ganzen Nachkriegszeit im Wesentlichen stets befolgten Vernunft regel einer besonderen Rücksichtnahme auf französische Empfindlichkeiten ungeniert ab. Die „gelebte europäische Realität“ Gerhard Schröders mündete in eine beispiellose Streitszene mit Auftrumpfen zwischen Deutschland und Frankreich. Die Wahrnehmung „nationaler Interessen“ in der deutschen Europapolitik hat zum Stillstand zwischen Berlin und Paris geführt.

Als „Stein in den Teich“ der Europadiskussion war Fischers Rede trotz wertvoller Aufrüttelung ein Fehlschlag mit Bumerangeffekt. Viel vom Erbe des guten Einvernehmens und Zusammenwirkens zwischen dem Avantgardepaar der europäischen Einigung ist verschleudert.

Der Zukunftsverweigerer

„Der Zukunftsverweigerer ist eine Erfindung der Visionäre, jedenfalls als Begriff. Er ist derjenige, der die Zukunftsentwürfe der Visionäre nicht zu teilen bereit ist. Der Zukunftsverweigerer denkt langsamer. Er ist ein Skeptiker.“

„Zwar hat er eigentlich nichts gegen Optimisten, wohl aber gegen – in seinen Augen – bedenkenlose Fortschrittsgläubige, die mit glänzenden Augen rosige Aussichten verkünden oder mit schriller Stimme vor seinesgleichen warnen.“

„Eigentlich hat er gar nichts gegen die Zukunft, aber er hält auch nicht besonders viel von ihr. Warum muss die Zukunft mit einer Verheißung gleichgesetzt werden? Warum redet alle Welt von Zukunftsfähigkeit im Sinne einer unerlässlichen Anforderung, ohne zu wissen, was genau das bedeutet? Ist nicht gerade eines gewiss, dass nämlich die Zukunft ungewiss ist?“

Roland Kaehlbrandt, „Buntes deutsches Bestiarium – Lexikon der unvermeidlichen Mitmenschen“, (DVA, 2001), Seite 159